

„Ohne CO₂-Preis werden die

Auswirkungen dramatischer“

SPANNEND. Der international renommierte Klimaökonom Karl Steiningger spricht im Interview über nötige Klima-Maßnahmen im wirtschaftlichen Wiederaufbau, CO₂-Preise und Wirkungen der Klimakrise.

Kohle verbunden sind".
Und etwaige soziale Effekte?
Steiningger: „Einschubend ist, was muss man unbedingt ungewollte Nebeneffekte für geringere Einkommensklassen ausgleichen; beispielsweise durch einen Ökonomiebonus pro Kopf. Wichtig wäre, das schon weitab zu machen. Damit die Leute so die Mehrkosten tragen können."

Durchschnitt ansteigen wird. Das sind Rückwirkungen aus dem Ausland noch nicht mitgerechnet".
Wie können wir das verhindern?
Steiningger: „Wie sich das Klima entwickelt, ist bis 2040/2050 aus der Vergangenheit weitgehend klar. Was wir durch Minderungsmaßnahmen wirklich ändern können, ist das, was danach passiert. Bei der Anpassung an die Veränderungen wie Trockenheit, Hitze und Überschwemmungen können wir aber natürlich noch etwas tun."

Von Fabian Kleindienst
fabian.kleindienst@graz.at

Herr Steiningger, Sie beschäftigen sich am Grazer Wegener-Center mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Mensch und Wirtschaft und erarbeiten Handlungsmöglichkeiten. Aktuell wird vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Comebacks nach Corona wieder verstärkt über Klimaschutzmaßnahmen diskutiert. Wie beurteilen Sie bisher bekannt gewordene Maßnahmen der Regierung?
Steiningger: „Grundsätzlich halte ich die Ansatz der ganzen EU

Mittel im Wiederaufbau in Richtung Klimaschutz zu legen, für ausgezeichnet. Wenn wir uns Österreich ansehen, sind wir beispielsweise überdurchschnittlich stark in der Kohlenstoffindustrie – als chemische Industrie, Stahl oder Zement. Wenn wir da weiter eine überproportional große Rolle spielen wollen, müssen wir das treibhausgasneutral machen. Die Betriebe gehen da schon voran, es braucht aber Unterstützung".
Wo sollte die Politik ansetzen?
Steiningger: „Für die Industrie ist die Investitionsprämie eine gute Maßnahme, weil sie den Betreibern die Wahl lässt, auf welche Techno-

logien sie setzen – solange es in eine kohlenstoffarme Richtung geht".
Und im Verkehr?
Steiningger: „Hier geht es darum, in der Raumplanung und Raumordnung langfristige Möglichkeiten zu erhöhen, alles mit dem öffentlichen Verkehr erreichen zu können. In Österreich haben wir ja eine sehr starke Zersiedelung. Angebote wie das 123-Ticket sind gut. Wir wissen aber auch, dass der öffentliche Verkehr durch den Ausbau zwar nutzbarer, aber nicht zwingend mehr genutzt wird. Das müsste auf der anderen Seite durch den Kosten der Auto anglast werden – aber nicht ohne genug Alternativen".

Eine CO₂-Bepreisung wird ja häufig diskutiert, noch warten wir auf einen Entwurf für eine ökologische Steuerreform der türkis-grünen Bundesregierung. Ist eine solche CO₂-Bepreisung nötig?
Steiningger: „Wir haben ja nur zwei Möglichkeiten, von den Treibhausgasen wegzukommen: Verbot oder aber Anreize. Ein zentraler Anreiz wäre eben die Bepreisung. Wir können es ohne machen, aber dann wären die Auswirkungen auf unsere Wirtschaft noch viel dramatischer. Meiner Meinung nach ist es besser zu zahlen, über das Preis ein Signal zu senden, welche Schäden mit der Verwendung von Öl, Gas und

Wohnungsmiete +5,3%
Bitter: Wer zur Miete wohnt, muss heuer etwas tiefer in die Tasche greifen als noch vor einem Jahr.

Mehr aus dem Interview mit Karl Steiningger über die dramatischen wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels und aktuelle Themen wie die Flugverbotsänderung Graz-Wien gibt's am Montag in unserer digitalen Tageszeitung.



Karl Steiningger forscht und lehrt an der Uni Graz zu Wirtschaft und Klima.



Flieger vom Grazer Flughafen sollen künftig nicht mehr nach z. B. Wien abheben dürfen, wenn der Semmeringbasistunnel fertig ist.

Streit um Kurzflüge

Nachdem Klimaschutzminister Leonore Gewessler diese Woche in den Raum stellt, dass Kurzstreckenflüge innerhalb des Landes wie jene zwischen Graz und Wien eingestellt werden sollen, gingen in der steirischen Wirtschaft die Wogen hoch.
„Diese Verbindung wird fast ausschließlich als Zubringer genutzt. Hier mit Verbots zu drohen, halten wir sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus umweltpolitischer Sicht für alles an-

Mehr Förderungen benötigt: Preisexplosion

EXTREM. Die Preissteigerung am Bau fordert Wirtschaft und den sozialen Wohnbau. Laut GWS-Chef Johannes Geiger braucht es höhere Förderungen.

Von Fabian Kleindienst
fabian.kleindienst@graz.at

Die Preise am Bau explodieren. Erst vergangene Woche warnte die WKO um Johann Reithofer, Innungsmeister des steirischen Bauhüllgewerbes, Hausbauer vor der Gefahr wachsender Kosten und wachsender Verzögerungen. Gewerbe- und Handwerk-Spartenobmann Hermann

Talowski nannte außerdem die Gefahr, dass der geförderte soziale Wohnbau zum Erliegen kommen könnte.
Auch in der Wohnbau-Branche blickt man sorgenvoll auf die Entwicklung. Johannes Geiger feiert aktuell sein 30-jähriges Jubiläum als Geschäftsführer des gemeinnützigen Wohnbauträgers GWS und beobachtet die Entwicklungen seit einiger Zeit: „Die derzeitige Preisexplosion im Baubereich und speziell natürlich im Wohnbaubereich ist nur das berühmte Pünktchen auf dem 17. erzählt es. Ausgelöst von der derzeitigen welterschütternden Situation und Konjunkturlage während der Rohstoffe und damit auch Baumaterialien knapp und somit immer teurer. Dazu kommt, dass bereits in den letzten Jahren durch die Zinspolitik die Wohnung immer mehr zum Anlageobjekt, nicht



Johannes Geiger

plagt sozialen Wohnbau

nur für den kleinen Spares, sondern für internationale, potente Fonds wurde", führt er die Problemlage aus.
Hilfe gebraucht
Problematisch laut Geiger: Durch die starke Teuerung seien viele Grundstücke in den geförderten oder sozialen Wohnbau nicht mehr erschwinglich. Positiv hierzulande sei immerhin die langfristig ausgelegte Wohnbauförderung und dass der leistbare Wohnbau fest in der Hand der Gemeinnützigen ist. „Durch Vorgaben des WUG (Wohnungsgemeinnützigengesetz) und der dazugehörigen Verordnungen, wie z. B. Kostendeckung, wirkt sich die Bautätigkeit dieser Unternehmen deutlich kostendämpfend aus."

bauförderungsmittel seitens des Landes an die Preissteigerung auszuweisen und zukünftig auch zu indizieren. Zusätzlich sollten Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden, sodass der Bausek-

tor, der in Zeiten von Corona bereits der Industrie einer der wesentlichen Konjunktur- und Arbeitsplatzgaranten war, nicht das gleiche Schicksal wie viele andere Branchen erleidet."



Wegen stark steigender Preise am Bauektor schlagen Experten Alarm.

CEO verlängert Vertrag: am AG

Wie der Aufsichtsrat der am AG aus Premstätten, innerer ein weltweit führender Anbieter von hochwertigen Sensoren, bekannt gemacht hat, wurde der Vertrag von CEO Alexander Everke vom Aufsichtsrat verlängert. In den nächsten drei Jahren soll Everke nun die auf optische Lösungen fokussierte Strategie der Gruppe weiter vorantreiben.

B7B

Nur mifahren müssen Sie noch ganz in echt.

Text: 878 - 0314/878